

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht: Wir stehen vor einer außergewöhnlichen Herausforderung in der Flüchtlingspolitik. Die Aufnahme von voraussichtlich einer Million Menschen allein in diesem Jahr erfordert einen nationalen Kraftakt. Bund und Europa müssen daher schnellstmöglich langfristige Lösungen finden. In der aktuellen Situation mit völlig überfüllten Aufnahmeeinrichtungen und Kommunen am Rande ihrer Belastungsgrenze sind jedoch vor allem die Länder gefordert.



Niedersachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich rund 100.000 Flüchtlinge aufnehmen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, muss die rot-grüne Landesregierung ihre Handlungsmöglichkeiten endlich wahrnehmen. Dabei geht es nicht nur um die Aufnahme und die humane Unterbringung der Flüchtlinge, sondern langfristig um die erfolgreiche Integration derjenigen, die dauerhaft in Niedersachsen bleiben werden.

Gleichzeitig müssen wir unser Asylsystem gerade angesichts dieser Aufgabe vor Überlastung bewahren. Das Asylrecht ist nicht das richtige Instrument für eine gesteuerte Zuwanderung. Die Gründe für die aktuellen Flüchtlingsbewegungen in der Welt sind komplex - Deutschland allein wird diese Probleme nicht lösen können.

Gerade weil momentan so viele Verfolgte und Vertriebene zu uns kommen, die unsere Hilfe brauchen, müssen wir dafür sorgen, dass unser Asylsystem diesen Menschen auch tatsächlich zugute kommt. Zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik gehört deshalb die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die primär aus wirtschaftlichen Gründen zu uns gekommen sind. Um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, müssen wir aber auch zu deutlich geringeren Zugangszahlen kommen.

Björn Thümler

Björn Thümler, Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



Stand: September 2015

Dieser Flyer wird ständig überarbeitet. Die aktuelle Fassung können Sie jederzeit auf unserer Internetseite abrufen:

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen/



CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Tel.: 0511 – 3030 4103 (Fraktionssekretariat)
Fax: 0511 – 30 61 92
Mail: info@cdu-fraktion-niedersachsen.de

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds

**Asylpolitik:
Das muss in
Niedersachsen
passieren!**

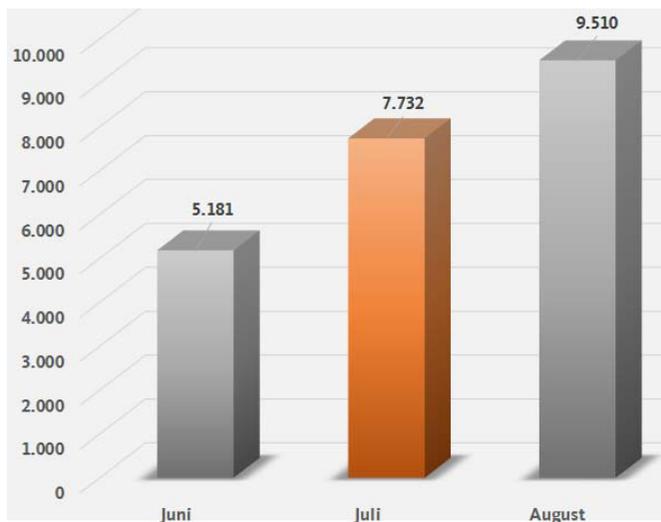
**Forderungen der
CDU-Landtagsfraktion**

Forderungen an die rot-grüne Landesregierung:

Aufnahme und Unterbringung gewährleisten

- Um die dramatische Flüchtlingssituation zu bewältigen, muss die Landesregierung einen **ressortübergreifenden Stab** einsetzen, der die notwendigen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen koordiniert.
- Damit die **menschenwürdige Unterbringung** aller in Niedersachsen aufgenommenen Flüchtlinge gewährleistet werden kann, müssen ausreichend Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen des Landes geschaffen werden.
- Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen im Zuge des Registrierungsverfahrens bei allen ankommenden Asylbewerbern **Gesundheitsuntersuchungen** durchgeführt werden, um die Verbreitung von Infektionskrankheiten zu verhindern. Darüber hinaus muss ein landesweites Impfkonzzept entwickelt werden.

Anzahl der Asylsuchenden, die in den Monaten Juni, Juli, und August 2015 nach Niedersachsen gekommen sind:



Quelle: Niedersächsisches Innenministerium

- Das Land muss seinen Teil zur dringend notwendigen **Beschleunigung der Asylverfahren** beitragen – dazu gehört die Abordnung von Personal aus anderen Landesbehörden in die Erstaufnahmereinrichtungen, um die Registrierung durch das Land zu beschleunigen. Nicht nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), auch die Landesaufnahmebehörde ist derzeit ein Flaschenhals!
- Die **Kommunen** tragen im Hinblick auf Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge die Hauptlast – sie müssen bei dieser Aufgabe in finanzieller Hinsicht dauerhaft und in ausreichendem Umfang vom Land unterstützt werden.

Integration ermöglichen

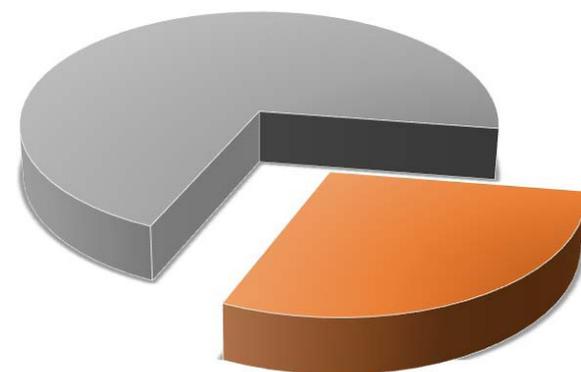
- Um die erfolgreiche Integration von Asylbewerbern zu gewährleisten, braucht Niedersachsen ein eigenes **Landesintegrationsgesetz nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“**.
- Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration – in einem Sonderprogramm „Schule“ müssen deshalb für Flüchtlingskinder an niedersächsischen Schulen konsequent **Sprachlernklassen** eingerichtet und dafür in ausreichendem Maße zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.
- Zudem muss es **Lehrkräften und Kursleitern** sowohl in den Schulen als auch in der Erwachsenenbildung bis auf Weiteres ermöglicht werden, Flüchtlingen Deutschunterricht auch ohne sofortigen Nachweis einer formalen Qualifikation für „Deutsch als Fremdsprache“ zu erteilen.
- Das **Wohnraumförderprogramm** des Landes muss umgehend um ein Darlehensprogramm für den Erwerb, den Bau und die Modernisierung von Wohnraum für bleibeberechtigte Flüchtlinge ergänzt werden.
- Damit Asylberechtigte in Niedersachsen so schnell wie möglich ein unabhängiges Leben führen können, muss die **Qualifizierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt** zügig beginnen.

- Um die Einwanderung nach Niedersachsen künftig sinnvoll steuern und begrenzen zu können, muss das gültige Aufenthaltsgesetz zu einem nachvollziehbaren und verständlichen **Einwanderungsgesetz** weiterentwickelt werden, das die Erfordernisse des Arbeitsmarktes und die Qualifikationen des Bewerbers in den Mittelpunkt stellt.

Asylsystem gezielt entlasten

- Rot-Grün hat inzwischen eingeräumt, dass ihre Abschiebepaxis in Niedersachsen gescheitert ist. Die CDU hat sich mit der Forderung nach einer Überarbeitung des Rückführungserlasses durchgesetzt. Die Landesregierung muss jetzt für **praxisgerechte Rückführungsbestimmungen** sorgen, die sich an den Forderungen der Kommunen orientieren.
- Alle Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive müssen für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in den Landeseinrichtungen untergebracht werden und dürfen **nicht auf die Kommunen verteilt** werden.
- Die Landesregierung muss ihre Blockadehaltung im Bundesrat hinsichtlich der Einstufung aller Staaten des Balkans als **sichere Herkunftsländer** endlich aufgeben.

Zahl der vom Land auf die Kommunen verteilten Asylbewerber (Juni bis August 2015): 12.630



davon Personen aus Staaten des Westbalkans: 5.226 (41,3%)

Quelle: Niedersächsisches Innenministerium